

Niederschrift

über die 38. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 20.02.2019, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

1. Mitteilungen des Bürgermeisters
2. Tätigkeitsbericht des ehrenamtlichen Beauftragten zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 1444/2018
3. Bestellung eines ehrenamtlichen Beauftragten zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen
Vorlage: 1445/2018
4. Umbesetzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur
Vorlage: 1447/2018
5. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 1476/2019
6. Beratung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2019
Vorlage: 1465/2019
7. Genehmigung von überplanmäßigen bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 83 Abs. 2 GO NRW
Vorlage: 1482/2019
8. Antrag des Vereins FC Rhenania Immendorf e.V. auf Gewährung eines Zuschusses zum Bau eines Sportheimes
Vorlage: 1484/2019
10. Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen auf eine Einwohnerversammlung zum Thema "Teichanlagen und Pflegezustand im Gebiet Am Tripser Wäldchen"
Vorlage: 1455/2019
11. Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 63.1 der Stadt Geilenkirchen (Süggerath „Auf dem Tecker“) hinsichtlich der Überschreitung der im B-Plan festgesetzten Traufhöhe
Vorlage: 1458/2019
12. Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 83 der Stadt Geilenkirchen (Teveren „Sisbenden“) hinsichtlich der Überschreitung der hinteren Baugrenze
Vorlage: 1463/2019
13. Bebauungsplan Nr. 114 der Stadt Geilenkirchen, Geltungsbereich: Fläche im Stadtkern, nördlich der Straße "An der Linde", östlich des "Hartbaumpfads", südlich des

"Ahornwegs" und westlich des "Tannenwegs" (ehemalige Umspannanlage NEW)
- Beratung und Abwägung über die während der Offenlage und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen
- Verabschiedung des Bebauungsplans als Satzung
Vorlage: 1475/2019

- 14 . Bebauungsplan Nr. 35, 2. Änderung der Stadt Geilenkirchen, Geltungsbereich: Zentrale Innenstadt von Geilenkirchen zwischen Theodor-Heuss-Ring im Westen, Konrad-Adenauer-Straße im Norden und Bahnhofstraße im Südosten (ehemalige Hauptpost) - Fassung des Aufstellungsbeschlusses für die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 35 (Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13 a BauGB) - Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 1459/2019
- 15 . Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen
- 16 . Fragestunde für Einwohner

Anwesend waren:

Vorsitzender

1. Bürgermeister Georg Schmitz

Mitglieder

2. Nikolaus Bales
3. Marko Banzet
4. Hans-Jürgen Benden
5. Maja Bintakys-Heinrichs
6. Karola Brandt
7. Karl-Peter Conrads
8. Jennifer Diederichs
9. Helmut Gerads
10. Johann Graf
11. Christoph Grundmann
12. Theresia Hensen
13. Horst-Eberhard Hoffmann
14. Karin Hoffmann
15. Rainer Jansen
16. Gabriele Kals-Deußen
17. Michael Kappes
18. Nils Kasper
19. Thomas Klein
20. Wilfried Kleinen
21. Heinz Kohnen
22. Christian Kravanja
23. Leonhard Kuhn
24. Stefan Mesaros
25. Manfred Mingers

26. Willi Münchs
27. Uwe Neudeck
28. Hans-Josef Paulus
29. Barbara Slupik
30. Lars Speuser
31. Raimund Tartler
32. Ruth Thelen
33. Kirsten vom Scheidt
34. Max Weiler

von der Verwaltung

35. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
36. Daniel Goertz
37. Peter Klee

Protokollführerin

38. Tina Beckers-Offermanns

Es fehlten

39. Manfred Schumacher
40. Ernst Michael Thielemann
41. Michael van Dillen
42. Harald Volles
43. Wilhelm Josef Wolff

Bürgermeister Schmitz eröffnete um 18:00 Uhr die 38. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am 20.02.2019 um 18:00 Uhr und hieß die Stadtverordneten, die Bürgerinnen und Bürger und die Vertreter der Presse herzlich willkommen.

Die Einladung zur Sitzung sei form- und fristgerecht zugestellt worden. Einwendungen gegen die Niederschrift der 37. Sitzung des Rates seien nicht erhoben worden.

Entschuldigt seien die Stadtverordneten Volles, Schuhmacher, Thielemann und Wolf. Bürgermeister Schmitz stellte die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Niemand zeigte seine Befangenheit zu einem der Punkte an.

Bürgermeister Schmitz erläuterte, dass er vor Eintritt in die Tagesordnung kurz die Gelegenheit ergreife, einige Worte an Herrn Peter Klee zu richten.

Diese Ratssitzung sei nun die letzte Gremiumssitzung, an der er seitens der Verwaltung als Amtsleiter des Hauptamtes und Mitglied des Verwaltungsvorstands teilnehmen werde. Nach mehr als 40 Jahren im Dienst der Stadt Geilenkirchen trete er in Kürze die Freistellungsphase seiner Altersteilzeit an. Er danke Herrn Peter Klee auch an dieser Stelle für sein zuverlässiges Engagement und seine Loyalität – immer zum Wohle der Verwaltung und der Stadt und wünsche ihm für die Zukunft alles Gute, vor allem Gesundheit.

Stadtverordneter Weiler beantragte im Namen der CDU, TOP 10 abzusetzen. Seine Fraktion sei der Meinung, dass in der Ratssitzung im Mai letzten Jahres das Thema aufgekommen sei und mehrheitlich beschlossen worden sei, eine Einwohnerversammlung durchzuführen. Damit sei das Verfahren festgeschrieben. Hinzu komme, dass die Verwaltung Mitte Januar alle Ratsmitglieder darüber in Kenntnis gesetzt habe, dass mit Hochdruck an einer Lösung für den Bereich gearbeitet werde und Vorschläge in Kürze in der Sitzung des UBA am 19.03.2019 prä-

sentiert würden. Dies sei ein guter Weg und es sei genügend Zeit nach der UBA Sitzung eine Einwohnerversammlung einzuberufen. Vor diesem Hintergrund müsse nicht in der heutigen Sitzung über genau diese Thematik gesprochen werden, so dass die CDU die Absetzung beantrage.

Stadtverordneter Benden sprach gegen den Antrag, dass die CDU es immer wieder schaffe, ihn zum Schmunzeln zu bringen. Mit Erstaunen vernehme er den Antrag auf Absetzung des Punktes. In der damaligen Sitzung sei ein Antrag der Grünen abgesetzt worden mit der Begründung, es gebe ein laufendes Verfahren. Erst danach könne über eine Einwohnerversammlung gesprochen werden. Es sei in der damaligen Sitzung kein Beschluss zur Durchführung einer Einwohnerversammlung gefasst worden, so dass dies nun geschehen müsse. Es sei wichtig, die Anwohnerinnen und Anwohner über Neuerungen an den Teichanlagen zu informieren. So sei auch immer wieder der Pflegezustand insgesamt moniert worden. Gerne könne die Sitzung am 19.03. abgewartet werden, doch eine Einwohnerversammlung sei sehr wichtig. Die CDU schaffe es immer wieder, eine solche heraus zu zögern. Er wolle keine Spielchen spielen. Er könne den Antrag der CDU nicht verstehen und müsse sie auch nicht verstehen. Er wolle lediglich die Einwohnerinnen und Einwohner verstehen. Hieran mangle es offenbar der CDU.

Beschluss:

TOP 10 wurde durch mehrheitlichen Beschluss von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 1 Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Schmitz hatte keine Mitteilungen zu machen.

TOP 2 Tätigkeitsbericht des ehrenamtlichen Beauftragten zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung der Stadt Geilenkirchen Vorlage: 1444/2018

Bürgermeister Schmitz erteilte Herrn Pütz das Wort.

Dieser dankte dem Bürgermeister und begrüßte die Anwesenden. Seine unmittelbare Amtszeit gehe nun zu Ende, fast schon traditionell aber sehr gerne komme er der Verpflichtung nach, über seine Tätigkeit und Aufgabe am Ende seiner Amtszeit zu informieren. Seine Arbeit mache er aus zweierlei Gründen sehr gerne transparent.

Zum einen weil es eine Funktion ist, die soweit gesetzlich verankert Dinge bewegt. Zum anderen könne er widerspiegeln, wie man gemeinsam in seiner Arbeit aktiv wirke. Sicherlich bediene er sich des Öfteren bei der Umsetzung mancher Anliegen der Presse, an die er seinen ausdrücklichen Dank richte.

Seinen Bericht wolle er jedoch nicht unnötig zeitlich in die Länge ziehen und sich daher auf einige wichtige Meilensteine beschränken. Vorab wolle er eine Bemerkung loswerden, die ihn vom Inhalt her, wütend und auch traurig gemacht habe. Sie sei ihm aus den Reihen des Rates zugetragen worden. Im Kern sei es darum gegangen, dass er in den Belangen, für die er zuständig sei, Showkämpfe führe, da es ihm um die Aufwandsentschädigung für seine Funktion gehe. Er würde vorziehen, sich gegen derartige Behauptungen zukünftig persönlich zu äußern, so dass man ihm solche Bemerkungen bitte ins Gesicht sagen solle. Dann könne er sich damit ernsthaft auseinandersetzen.

Er informierte darüber, dass im Jahr 2017 eine Bürgerbroschüre in leichter Sprache verfasst worden sei, die Kommunikation für Menschen mit Behinderungen auch in dieser Form ermögliche. Die Übersetzung der Text in Leichte Sprache sei vom Forschungsinstitut Technologie und Behinderung (FTB) in Wetter übernommen worden und durch einen Sponsor finanziert worden. Geilenkirchen sei in 2017 Vorreiter im Kreis gewesen, mittlerweile gebe es auch Nachahmer.

Die Zusammenarbeit mit anderen Beauftragten zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen im Kreis verlaufe eher schleppend. Man sei untereinander schlecht vernetzt und er hoffe auf Besserung dieser Situation.

Das Thema Barrierefreiheit habe im Bereich des Denkmalschutzes auch im Berichtszeitraum einen breiten Raum eingenommen. Dass eine Umsetzung von Barrierefreiheit auch in denkmalgeschützten Gebäuden möglich sei, beweise der Umbau von St. Maria Himmelfahrt.

Seitens der Verwaltung sei er immer eingebunden bei Anträgen auf Nutzungsänderungen an Gebäuden und sehr oft werde mit den Antragstellern ein zufriedenstellender Kompromiss gefunden.

Auch im Bereich der Bürgerhäuser sei die Zusammenarbeit gut verlaufen und im Ergebnis seien immer alle Interessen irgendwie befriedigt worden. Hier spiele Barrierefreiheit natürlich eine wichtige Rolle und die Verantwortlichen seien immer sehr schnell mit ihm in Kontakt getreten und man sei sich sehr schnell einig geworden. Projekte wie das Bürgerhaus Kraudorf-Nirm oder auch die Begegnungsstätte in Teveren stünden an. Im Hallenbad seien alle Arbeiten fertig gestellt. Hervorzuheben sei der Bürgertreff, in dem Inklusion gelebt werde.

Auch die Toilette am Bahnhofskiosk sei nun barrierefrei und könne mit einem Euroschlüssel geöffnet werden; dieser sei bspw. beim ADAC erhältlich. Einige kosmetische Dinge wie bspw. ein Notrufknopf seien nachgerüstet worden. Insgesamt habe hier die Kooperation zwischen Teilhabekreis, Verwaltung, dem Seniorenbeauftragten und ihm wunderbar funktioniert.

Des Weiteren schilderte er ausführlich die Anstrengungen in Bezug auf die Barrierefreiheit der Bahnhöfe in Geilenkirchen. Immer wieder habe er dafür geworben, die Bahnhöfe barrierefrei auszubauen, was letztlich dank der erfüllten Fahrgastzahlen erreicht worden sei. Es werde in der bestehenden Substanz gebaut und dies laufe auch gut. Am 23.01. habe noch ein Gespräch am Bahnhof unter Einbindung der Deutschen Bahn und der Verwaltung stattgefunden. So werde bspw. auch in der Unterführung ein Leitsystem installiert.

Ein weiterer Baustein sei die Ampelanlage am Theodor-Heuss-Ring, für deren barrierefreien Umbau er sich einsetze. Hier habe er bereits mehrfach mit dem Betreiber, Straßen NRW, Kontakt aufgenommen und bspw. auch einen Leserbrief geschrieben. Die Ampel sei eine regelrechte Gefahrenquelle für Menschen mit Behinderungen und dieser Missstand müsse endlich beseitigt werden. Erst als er mit Einschaltung der Presse gedroht habe, sei nun Bewegung in die Sache gekommen und ein erneuter Termin unter Einbindung der Verwaltung werde in Kürze stattfinden. Durch Einsatz akustischer Geräte hoffe er die Gefahrenquelle beseitigen zu können.

Im Übrigen sehe er das Thema Barrierefreiheit nun in einem anderen Licht, da er aufgrund einer Erkrankung mehrere Monate im Rollstuhl gesessen habe. Nichtsdestotrotz müsse man bei Bemühungen um das Thema Barrierefreiheit insgesamt recht vorsichtig sein, um nicht unnötig Porzellan zu zerschlagen, wie es von einigen Aktiven in diesem Bereich im vergangenen Sommer getan wurde. So etwas ziehe immer nur Rückschritte nach sich. So müsse Barrierefreiheit nicht in allen Geschäftslokalen verwirklicht werden sondern lediglich an öffentlichen Versammlungsorten. In der Sache habe es dann ein klärendes Gespräch unter Beteiligung des Bürgermeisters und des Teilhabekreises gegeben. Doch es sei nicht Aufgabe des Beauftragten dann das zerschlagene Porzellan zusammenzukehren und diese Aufgabe werde er auch in Zukunft nicht übernehmen. Dann müsse einfach vorsichtiger mit den Belangen umgegangen werden.

Des Weiteren werde überlegt, wie Menschen an Belange von Menschen mit Behinderungen herangeführt werden sollten. Insgesamt sollte hiermit sicherlich früh begonnen werden. Beispielfhaft sei das Projekt GIPS an Schulen, das seitens des Kreises Heinsberg gestartet wurde

und 5 und 6 Klässler ansprechen soll. In Zusammenhang mit dem Stichwort Schule betonte Herr Pütz denn auch, dass die Umbaumaßnahmen an der Anita Lichtenstein Gesamtschule wie auch an der Realschule im Rahmen der Guten Schule 2020 alle barrierefrei vorgenommen worden seien.

Des Weiteren erläuterte Herr Pütz, dass der Teilhabekreis gerne am Hühovener Tannenbaumschmücken teilgenommen hätte. Hier habe es jedoch Probleme gegeben, da das Schmücken zum Teil bereits in Dunkelheit stattfinde. Man sei jedoch guten Mutes, hierfür langfristig eine gute Lösung zu finden – Gleiches gelte auch für eine Teilnahme am After-Work-Markt, für die sogar Mittel eines Sponsors bereit stünden.

Darüber hinaus wolle er ein weiteres Projekt nicht unerwähnt lassen, über das er auch mit den Fraktionsvorsitzenden gesprochen habe. Und zwar gehe es um Außenarbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen. Ein solcher Platz sei für einen jungen Mann der Lebenshilfe im Bereich des Bauhofes der Stadt eingerichtet worden. Darüber hinaus habe ein junger Mann im Rewe Markt in Bauchem unterkommen können. Eine weitere Vermittlung in die Selfkantkaserne stehe im Raum. Die Zusammenarbeit mit dem Berufsförderungswerk Düren gestalte sich als durchaus positiv; wenn die Verwaltung 2020 eine neue Telefonanlage anschaffe, werde er erneut darauf hinarbeiten, dass eine kompatible Anlage angeschafft werde, die eine Bedienung durch einen Menschen mit Behinderung erlaube. Dies würde der Stadt sicherlich gut zu Gesicht stehen. Sicherlich spiele die Flexibilität des vorhandenen Stellenplans hierbei auch eine Rolle; doch seiner sozialpolitischen Verpflichtung sollte man nachkommen.

Natürlich habe er vielen verschiedenen Menschen in zahlreichen, individuellen Situationen geholfen, die er hier nicht alle aufzählen könne. Es seien zum größten Teil jedoch schnell und zielgerichtet Lösungen gefunden worden.

Darüber hinaus erörtere er gerade eine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr, mit deren Vertreter er erste Gespräche geführt habe, die auf jeden Fall noch vertieft würden.

Des Weiteren verwies er auf eine Befragung eines Doktoranden an der Universität Gießen, der nach Auswertung der Ergebnisse gesagt habe, dass Geilenkirchen sich hinter größeren Städten nicht verstecken müsse.

Zudem wolle er die Gelegenheit heute nutzen, danke zu sagen. Zum einen dem Bürgermeister, der immer ein offenes Ohr für ihn habe und dessen Tür für ihn immer offen stehe. Dies sei sicherlich nicht die Regel. Darüber hinaus bitte er darum, den Dank an die Verwaltung weiterzugeben, mit der er seit nunmehr zehn Jahren zusammenarbeite. Zum Teil diskutiere man kontrovers, aber er werde in jeder Hinsicht unterstützt. Er danke Herrn Brunen und Herrn Klee wie auch dem Rat, auch für manche kritischen Anmerkungen. Er hoffe, dass man die nachrückenden Generationen weiter gemeinsam für Belange von Menschen mit Behinderungen sensibilisieren könne. Letztlich richtete Herr Pütz das Wort an seine Frau, der er für ihre jahrelange Unterstützung danke. Vom ersten Tag ihres Kennenlernens an habe sie ihm den Rücken frei gehalten und dies sei ihm sehr wichtig.

Bürgermeister Schmitz dankte Herrn Pütz für seinen Vortrag.

Stadtverordneter Benden erklärte, dass er es als sehr positiv ansehe, dass Geilenkirchen sich im Bereich der Barrierefreiheit nicht verstecken müsse. Sicherlich könnten noch einige Dinge getan werden, doch man habe schon vieles erreicht. Er danke Herrn Pütz ausdrücklich dafür, dass er auch unbequem sei. Dies diene einer guten Sache und sei daher passend. Sein ehrenamtliches Engagement habe viele Facetten und wer sich schon einmal in Verhandlungen mit der Deutschen Bahn befunden habe, wisse welche dicke Bretter man bohren müsse, um erfolgreich zu sein. Herr Pütz sei dies gelungen, weil er hartnäckig an der Sache dran geblieben sei. Auch den Wunsch nach einem weiteren Außenarbeitsplatz bei der Verwaltung unterstütze er. Eine Kommune sollte sich nicht nur nach außen hin agieren, sondern sich auch nach innen für Menschen mit Behinderungen einsetzen und da wo es möglich sei zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen würden. Seine Fraktion hoffe, dass Herr Pütz so bissig bleibe, wie gewohnt und auch weiterhin so viel Erfolg habe.

Stadtverordneter Kravanja schloss sich dem Dank an und stellte fest, dass es vielleicht auch seiner unbequemen Art zu verdanken sei, dass er so erfolgreich bei seiner Tätigkeit sei. Er habe viele Dinge erreicht und werde zweifellos weiterhin so erfolgreich sein. Wenn man durch die Stadt gehe und sich umschaue, werde deutlich, wie weit der barrierefreie Ausbau in Geilenkirchen fortgeschritten sei. Das erfülle ihn mit Stolz und obwohl schon viel getan sei, bleibe das Thema weiterhin wichtig. Hier werde man am Ball bleiben und sicherlich noch einiges erreichen.

Stadtverordneter Weiler dankte Herrn Pütz für dessen Arbeit und den Bericht und sagte die Unterstützung seitens der CDU Fraktion auch mit Blick auf den nächsten Tagesordnungspunkt zu. Beeindruckend sei das Vorgehen von Herrn Pütz für ihn bspw. auch beim Besuch des Bischofs gewesen; dieser habe Herrn Pütz nicht schrecken können. Er habe im Interesse aller um den Ausbau der Bahnhöfe in Lindern und Geilenkirchen erfolgreich gekämpft und in Bezug auf den Bahnhof in Geilenkirchen fragte er, ob die Breite der Bahnsteige insbesondere an Gleis 1 unter dem Gesichtspunkt der Barrierefreiheit korrekt sei. Dieser komme ihm doch recht schmal vor. Darüber hinaus erkundigte er sich, ob noch weitere Maßnahmen zur Barrierefreiheit geplant seien.

Herr Pütz antwortete, dass keine weiteren Maßnahmen geplant seien und aufgrund der vorhandenen Rahmenbedingungen nicht mehr im Sinne der Barrierefreiheit unternommen werden könne.

Stadtverordneter Mesaros schloss sich den Dankesworten an und meinte, dass Herr Pütz vorbildliches Engagement zeige und seine Arbeit hochwirksam sei.

Stadtverordneter Hoffmann warf ein, dass er den Blick gerne auf andere Dinge lenken wolle und es mehr als nur eine Form der Behinderung gebe. Daher frage er sich, ob es nicht nach mehr als zehn Jahren sinnvoll sei, eine andere Person als Behindertenbeauftragten zu bestellen, die eventuell den Fokus auf andere Behinderungen als Sehbehinderungen lenke. Er erachte eine Wiederwahl als nicht richtig und halte sie nicht für sinnvoll.

Bürgermeister Schmitz machte deutlich, dass bei der Stadt nicht zu wenige Menschen mit Behinderungen beschäftigt seien. Das Soll bei der Stadt sei mehr als erfüllt; 5% seien Pflicht und beschäftigt seien 9%.

Herr Pütz entgegnete, dass 5% die Mindestbeschäftigtenquote sei. Darüber hinaus schilderte er das Gespräch mit dem Bischof und erklärte, dass er die Durchsetzung seiner Ziele auch beim Bistum weiter verfolgen werde.

TOP 3 Bestellung eines ehrenamtlichen Beauftragten zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen
Vorlage: 1445/2018

Hier gehe es um die Bestellung eines ehrenamtlich Beauftragten zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen. In der Vorlage wird vorgeschlagen, Herrn Pütz für weitere zwei Jahre zu wählen. Gibt es Wortmeldungen

Beschluss:

Herr Heinz Pütz wird als ehrenamtlicher Beauftragter zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen für die Stadt Geilenkirchen für die Zeit vom 01.04.2019 bis 31.03.2021 bestellt.

**TOP 4 Umbesetzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur
Vorlage: 1447/2018**

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig, dass Herr Wilfried Kleinen als persönlicher Vertreter für Herrn Leonhard Kuhn im Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur anstelle von Frau Sophia Kleinen benannt wird.

**TOP 5 Änderung der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 1476/2019**

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig, die Geschäftsordnung gemäß dem vorgenannten Vorschlag zu ändern.

**TOP 6 Beratung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2019
Vorlage: 1465/2019**

Stadtverordneter Benden erklärte, dass er eigentlich nur zwei Sätze sagen wolle. In jedem Jahr werde seitens der Verwaltung die gleiche Vorlage präsentiert und kommentarlos vom Rat verabschiedet. Er sei der Meinung, dass wenn nicht insbesondere in Bezug auf den Nikolausmarkt neue Ideen präsentiert würden, dieser bspw. bald kaum noch besucht werde. Dies sei wohlgerne keine Kritik an der Verwaltung, sondern an allen, die in dieser Angelegenheit tätig seien. Man sollte sich Sorgen machen um den Nikolausmarkt und der Rat könne nicht einfach immer die grüne Karte heben. Er rufe alle auf, daran etwas zu ändern.

Beschluss:

Die Ordnungsbehördliche Verordnung zum Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtzentrum von Geilenkirchen im Jahr 2019 wird in der vorliegenden Form einstimmig beschlossen.

**TOP 7 Genehmigung von überplanmäßigen bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen und
Auszahlungen gem. § 83 Abs. 2 GO NRW
Vorlage: 1482/2019**

Stadtverordneter Kleinen erkundigte sich, warum für 2019 nichts für die ehrenamtliche Tätigkeit eingeplant worden sei. Läge es daran, dass die Leistung nicht planbar gewesen sei und werde dies in Zukunft auch so gehandhabt?

Beigeordneter Brunen erläuterte, dass es dabei um das Förderprojekt „Rucksack“ an den Kindertagesstätten handele, das aus Landesmitteln mit 5000 € refinanziert werde. Verteilt würden diese durch den Kreis. Die Mittel seien in 2018 eingeplant gewesen, aber erst in 2019 gezahlt worden. Daher sei eine außerplanmäßige Ausgabe zustande gekommen, die jedoch zu 100% gedeckt sei. Bei dem Projekt handele es sich um eine Integrationsmaßnahme für Flüchtlingskinder, die hierdurch besser in das Alltagsgeschehen integriert werden sollten.

Beschluss:

Der Rat beschließt einstimmig den außerplanmäßigen Aufwand bzw. die außerplanmäßige Auszahlung.

**TOP 8 Antrag des Vereins FC Rhenania Immendorf e.V. auf Gewährung eines Zuschusses zum Bau eines Sportheimes
Vorlage: 1484/2019**

Stadtverordneter Gerhards führte aus, dass seine Fraktion dem Antrag zum Bau eines Sportheimes in Immendorf letztlich zustimmen werde. Hier habe es gute und schlechte Argumente gegeben, das Ergebnis sei jedoch für den Zuschlag zum Bürgerhaus gewesen. Von der Verwaltung führe die Fraktion sich jedoch vorgeführt. Der Vorstand des Vereins habe bereits im Juni 2018 eine Planung an die Verwaltung weitergegeben, die ausdrücklich auch den Fraktionen weitergeleitet werden sollte. Dies sei nicht geschehen. Zunächst seien die Planungen und Beschlüsse zum Umbau des Sportplatzes durch die Gremien gebracht worden. Der Antrag auf Umbau des Vereinsheimes sei erst danach an die Parteien weitergereicht worden – aus Sicht der Fraktion aus Kalkül, um die politischen Parteien in ihrer Entscheidung stark zu lenken. Besser und ehrlicher wäre es gewesen, beide Projekte in einem Gesamtpaket zu präsentieren. Die Bürgerliste werte das Vorgehen der Verwaltung als großen Vertrauensbruch. So würden die politischen Vertreterinnen und Vertreter Gefahr laufen, aus Unwissenheit gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger zu stimmen. Dies sollte in Zukunft doch vermieden werden.

Stadtverordneter Grundmann erklärte, dass die SPD Fraktion lange über diesen Tagesordnungspunkt beraten habe. Der seiner Fraktion sei ja immer eine große Lösung gewesen; dies sei aber nicht auf Zustimmung aller Vereine gestoßen. Der Bedarf sei in dieser Form nicht erkannt worden und man wolle auch nicht in Konkurrenz zu Pongs-Werden treten. Aus Vernunftgründen wolle die Arbeit des Vereins nicht blockiert werden, so dass die SPD Fraktionsmitglieder sich ihrer Stimmen enthalten werden.

Stadtverordneter Mesaros meinte, dass er vorweg zwei Bemerkungen machen wolle, die als Reaktion auf die Wortmeldung von Herrn Gerhards verstanden werden sollten. Vielleicht habe die Verwaltung ja die Möglichkeit bei zukünftigen Vorhaben einen Fragenkatalog für Projektanfragen zu entwickeln. In diesem Bogen könnten alle zentralen Fragen gestellt werden und so ein Gesamtüberblick angefertigt werden, der u.a. auch an alle Fraktionen weitergeleitet würde. Der Verein, der die Fragen beantworte, wisse direkt, welche Informationen zur Annahme wichtig seien. Auf diese Art und Weise könne ein schnelles Prozedere für alle Beteiligten geschaffen werden und Missverständnisse würden vermieden. Die Erstellung eines solchen Fragebogens sei aufgrund der umfassenden Erfahrung der Verwaltung sicherlich unkompliziert. Des Weiteren sollte seines Erachtens bei Ausarbeitung der Verträge darauf geachtet werden, dass die Räumlichkeiten für Jugendarbeit nutzbar seien ohne Miete zahlen zu müssen. Seine Fraktion werde das Projekt natürlich mit unterstützen. Alle Fraktionsvorsitzenden hätten vorab die Gelegenheit erhalten, sich vor Ort ein Bild der jetzigen Situation zu machen, die tatsächlich unhaltbar sei. Um als Verein mit über 500 Mitgliedern überzeugend und vernünftig agieren zu können, sei ein neues Gebäude notwendig. Und wenn im Vorfeld abschätzig gesagt worden sei, dass der Verein sich eine „Theke“ baue, dann könne er nur sagen, dass es natürlich Feiern geben werde, er aber nichts dagegen habe, wenn Menschen feiern –

dies sei nicht das Schlechteste. Darüber hinaus würden hiervon auch Schulen und Vereine profitieren. Ein weiterer ganz wichtiger Punkt sei, dass die Vereinsführung so viel Herzblut investiere, so dass alle Argumente für den Bau eines neuen Heims sprechen würden.

Stadtverordneter Benden stellte fest, dass er nun als „böser Bube“ agiere, weil seine Fraktion die Pläne nicht unterstütze. Dies liege nicht daran, dass die Grünen keine Vereinsförderung haben wollen würden oder weil sie denken würden, dass der Verein schlechte Arbeit leiste. Die Stadt sei angewiesen auf ihre Vereine und eine entsprechende Förderung. Doch aus Sicht seiner Fraktion sollten alle Vereine langfristig gleichgestellt sein und gleich stark von Förderung profitieren. Man sei auch nicht explizit gegen Immendorf, sondern lediglich dafür, dass zunächst das Sportstättenkonzept umgesetzt werde. Der Umbau des Sportplatzes in Immendorf koste bereits 662.000 €. Die Kosten gingen weit über den veranschlagten Betrag hinaus. Daneben gebe es noch weitere Gelüste wie bspw. Bürgerhäuser, die wie gerade gehört alle auf „Pump“ errichtet werden sollten. Er wundere sich, dass das ganze Geld hierfür auf einmal da sei. Aus Sicht seiner Fraktion sollte ein anderer Weg gegangen werden, obwohl auch sie der Meinung seien, dass das jetzige Vereinsheim einen „50er Jahre“ Charme habe. Denn Räumlichkeiten wären de facto vorhanden auch wenn sie alt seien. Hier würde vielleicht eine punktuelle Sanierung Sinn machen. Denkbar sei aber auch eine Kooperation mit den ansässigen Schulen oder dem Kindergarten, warum neue Räume notwendig seien, werde nicht deutlich. Dies könne auch alles günstiger für die Stadt ablaufen, da auch an die Folgekosten gedacht werden müsse. Darüber hinaus müsse daran gedacht werden, dass vielleicht auch andere Vereine Bedarfe anmelden.

Stadtverordneter Weiler stellte in Bezug auf die Wortmeldung des Stadtverordneten Benden klar, dass das Sportstättenkonzept vom Bau des Vereinsheims deutlich zu trennen sei. Der Bau sei vergleichbar mit dem Kauf oder Bau eines Einfamilienhauses; langfristig stelle die Finanzierung sich als positiv heraus. Darüber hinaus sei die Situation auf dem Markt derzeit so positiv, dass man es bereuen werde, wenn man auf eine langfristige Finanzierung verzichtet habe. Schon jetzt sei man ein Jahr zu spät dran. Die derzeitigen Zahlen würden auf einem Gutachten aus dem Jahr 2017 beruhen und diese seien nun zwei Jahre alt. Dass sie daher nicht komplett eingehalten werden könnten, sei all zu verständlich. Das Projekt in Immendorf werde seitens der CDU weiterhin honoriert und der Verein sei darüber hinaus dazu bereit, 68% der Baukosten zu tragen. Darüber hinaus würden dauerhaft die Betriebskosten übernommen; es wäre töricht dem Projekt nicht zuzustimmen und die CDU befürworte es auf jeden Fall.

Stadtverordneter Benden erklärte, dass es charmant sei, wie Stadtverordneter Weiler den Sachverhalt darstelle und auch er verstehe, was eine Tiefzinsphase sei. Er sage in aller Deutlichkeit, dass die Hebel an der richtigen Stelle angesetzt werden müssten. So müsse das Raumkonzept an den Schulen überdacht werden, an der OGS seien dringend Anbauten erforderlich. Es gebe Probleme an der Realschule sowie auch an den Schulen in Gillrath und Teveren. Er wäre gerne auch der „Retter der Vereine“ aber die Herangehensweise von Herrn Weiler könne er nicht nachvollziehen. Sicherlich müsse es Sportstätten aber auch Heime geben. Doch man habe nur einen Haushalt und welche finanziellen Mittel wohin fließen würden, sollte schon gesteuert werden. Sportstätten seien wichtig, doch auf der Prioritätenliste nicht ganz oben. Dies müsse allen klar sein.

Stadtverordneter Jansen ergänzte in Richtung der CDU, dass es immerhin Steuergelder seien, die hier als Investitionsmasse angesehen würden. Hier sei Vorsicht geboten. Das Geld hätte

auch dazu genutzt werden können, die Beitragstabelle für die Kindergärten nach unten zu korrigieren. In der Diskussion um genau dieses Thema sei gesagt worden, dass der Haushalt auf Kante genäht sei und es nicht möglich sei. Angesichts der aktuellen Planungen sei dies ja nicht ganz zutreffend.

Stadtverordneter Weiler meinte, dass er auf genau dieses Beispiel gewartet habe. Offenbar werde die Thematik nicht verstanden. Daher werde er es noch einmal darstellen: Mindereinnahmen im Beitragsbereich würden zu einer Verschlechterung im Ergebnishaushalt führen und seien beim Jahresabschluss sichtbar. Das einzige was bei Investitionen ausgelöst werde, seien eventuell zusätzliche Betriebskosten. Die Summe der Investition werde als jährliche Abschreibung in den Haushalt einfließen, diesen aber im Ergebnis nicht beeinträchtigen, da in der Bilanz ebenfalls der Gegenwert der Immobilie auftauche. Darüber hinaus würden die Maßnahmen an den Schulen über das Programm Gute Schule 2020 durchgeführt. Darüber habe der Rat bereits entschieden, so bspw. auch über den Ausbau der OGS.

Stadtverordneter Mesaros erklärte, dass er das Gefühl habe, dass die Diskussion in die Richtung laufe, in der gute Sachen gegeneinander ausgespielt werden würden. Sicherlich sei die Position des Stadtverordneten Benden verständlich, der nicht unbesorgt Geld aus dem städtischen Haushalt ausgeben wolle. Sicherlich gebe es weitere gute Projekte; doch sei es falsch, dieses Projekt aus vorausseilendem Gehorsam abzulehnen. Man nehme an der Sitzung sicherlich mit einer vorgefertigten Meinung teil, doch sollte man jetzt das Risiko eingehen und ein neues Vereinsheim mutig gestalten. Aber gegeneinander zu agieren, würde alles verkomplizieren.

Stadtverordneter Hoffmann zitierte einen Bericht des Landrats zum Haushalt.

Beschluss:

Der Rat stimmt mehrheitlich der Entwurfsplanung, dem Entwurf der Bau- und Finanzierungsvereinbarung sowie dem Entwurf des Mietvertrags zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Bau- und Finanzierungsvereinbarung sowie den Entwurf des Mietvertrags erst dann zu unterzeichnen, wenn alle einzusetzenden Eigenmittel des Vereins durch schriftliche Nachweise in ihrer Höhe belegt sind.

**TOP 10 Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen auf eine Einwohnerversammlung zum Thema "Teichanlagen und Pflegezustand im Gebiet Am Tripser Wäldchen"
Vorlage: 1455/2019**

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

**TOP 11 Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 63.1 der Stadt Geilenkirchen (Süggerath „Auf dem Tecker“) hinsichtlich der Überschreitung der im B-Plan festgesetzten Traufhöhe
Vorlage: 1458/2019**

Beschluss:

Die Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 63.1 der Stadt Geilenkirchen hinsichtlich der Befreiung von der im Bebauungsplan festgesetzten Traufhöhe wird antragsgemäß erteilt.

TOP 12 Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 83 der Stadt Geilenkirchen (Teveren „Sisbenden“) hinsichtlich der Überschreitung der hinteren Baugrenze
Vorlage: 1463/2019

Beschluss:

Die Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 83 der Stadt Geilenkirchen hinsichtlich der Überschreitung der hinteren Baugrenze wird antragsgemäß erteilt.

TOP 13 Bebauungsplan Nr. 114 der Stadt Geilenkirchen, Geltungsbereich: Fläche im Stadtkern, nördlich der Straße "An der Linde", östlich des "Hartbaumpfads", südlich des "Ahornwegs" und westlich des "Tannenwegs" (ehemalige Umspananlage NEW)
- Beratung und Abwägung über die während der Offenlage und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen
- Verabschiedung des Bebauungsplans als Satzung
Vorlage: 1475/2019

Beschluss:

Der Bebauungsplan Nr. 114 in der zur Offenlage beschlossenen Fassung wird als Satzung verabschiedet.

TOP 14 Bebauungsplan Nr. 35, 2. Änderung der Stadt Geilenkirchen, Geltungsbereich: Zentrale Innenstadt von Geilenkirchen zwischen Theodor-Heuss-Ring im Westen, Konrad-Adenauer-Straße im Norden und Bahnhofstraße im Südosten (ehemalige Hauptpost) - Fassung des Aufstellungsbeschlusses für die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 35 (Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13 a BauGB) - Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 1459/2019

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig:

- Der Bebauungsplan Nr. 35, 2. Änderung wird aufgestellt.
- Es wird beschlossen, die Öffentlichkeit sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange frühzeitig gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB zu beteiligen.

TOP 15 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

- a) Stadtverordneter Benden stellte fest, dass der Antrag auf Einberufung einer Einwohnerversammlung bereits im Mai aufgrund eines Gegenantrags der CDU von der Tagesordnung abgesetzt worden sei. Es sei auch damals kein Beschluss gefasst worden;

hier sei die Aussage von Herrn Weiler nicht korrekt. Der Umgang der CDU mit dem Wunsche nach einer Einwohnerversammlung sei beachtlich.

- b) Stadtverordneter Jansen nahm Bezug auf einen Mailverkehr mit dem Bürgermeister, in dem es thematisch um den Flugverkehr des E-3A Verbandes gegangen sei. Er habe den Eindruck, dass der Awacs Verband vermehrt seit drei Wochen nicht die vorgesehene Einflugschneise nutze sondern grundsätzlich über Geilenkirchen fliege. Insbesondere die Flüge über das Franziskusheim würden die dortigen Bewohnerinnen und Bewohner zum Teil regelrecht in Panik versetzen, da die Überflüge sie an den Krieg erinnern würden. Unabhängig von den Wetterlagen würde über Geilenkirchen geflogen. Bürgermeister Schmitz habe zugesagt, sich mit dem Verband in Verbindung zu setzen und dies zu klären. Er fragte nach, ob der Bürgermeister bereits eine Antwort erhalten habe.

Bürgermeister Schmitz erwiderte, dass die Antwort noch ausstehe, er jedoch am Ball bleibe.

- c) Stadtverordneter Jansen fragte weiter, ob die Absicht bestehe, die Internetseite der Stadt auch „responsive“ zu machen. Manche Städte und Kommunen hätten dies bereits gemacht und deren Homepages würden auch über Handy oder Tablet vernünftig angezeigt.

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass die zuständige Abteilung versuche stets am Puls der Zeit zu sein. Das Hauptamt beschäftigte sich momentan mit der Überarbeitung der Homepage und weitere Schritte würden folgen.

Herr Klee wies darauf hin, dass zur Umsetzung solcher Neuerungen auch zunächst notwendige Kosten ermittelt werden müssten, um eine umfassende Entscheidungsgrundlage zu haben.

Stadtverordneter Jansen warf ein, dass die Barrierefreiheit auf mobile devices erweitert worden sei und ab dem kommenden Jahr umgesetzt werden sollte.

- d) Stadtverordneter Speuser erklärte, dass es in der zweiten Januarhälfte beim Winter einbruch an zahlreichen steilen Stellen in der Stadt keinen Winterdienst bzw. nur unzureichenden Winterdienst gegeben habe. Seine Nachfrage beim Leiter des Bauhofes habe ergeben, dass Maschinen defekt gewesen seien und nicht rechtzeitig repariert werden konnten. Um dieser Problematik in Zukunft begegnen zu können, sei empfohlen worden, eine Bereitschaft auch für die Mechaniker einzurichten. Er fragte nach, wie es mit diesen Plänen aussehe.

Bürgermeister Schmitz bestätigte, dass überlegt worden sei eine entsprechende Bereitschaft auch für die beiden Schlosser einzurichten. Da der Nutzen aber nicht im Verhältnis zum Aufwand bzw. zu den Kosten stehe, wurde von den Überlegungen Abstand genommen.

- e) Stadtverordneter Kravanja schilderte den Zustand des Wäldchens, das von Geilenkirchen aus kommende rechts an der L 42 vor Teveren liege. Dort seien zahlreiche Bäu-

me gefällt worden. Er fragte nach, ob dies bekannt gewesen sei und die Durchführung technisch einwandfrei abgelaufen sei – dies mache zum Teil nicht den Anschein.

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass die Aktion nicht durch die Stadt durchgeführt worden sei. Eventuell habe Straßen NRW etwas hiermit zu tun. Man werde das Klären und eine Antwort schriftlich nachreichen.

- f) Stadtverordneter Kravanja fragte weiter, ob es richtig sei, dass am Sportplatz Teveren im vorigen Jahr größere Birken gefällt worden seien, um Platz für einen Zaun zu schaffen.

Bürgermeister Schmitz erteilte dem Stadtverordneten Paulus das Wort. Dieser erklärte, dass es darum gegangen sei, einen Zaun zu versetzen. Er erklärte die Hintergründe. Die Maßnahme sei auf jeden Fall auch in Zusammenhang mit der Zufahrt zum neuen Baugebiet zu sehen und daher notwendig gewesen.

- g) Stadtverordneter Paulus erläuterte, dass er in den vergangenen Jahren in der Zeitung häufiger von Kooperationen zwischen verschiedenen Gemeinden gelesen habe. Diese würden auch häufig durch EU-Programme gefördert. So gebe es bspw. Mittel zum Ausbau von Wegen, Naherholungsgebieten etc. Er fragte nach, warum dies nicht für die Stadt Geilenkirchen möglich sei z.B. mit den Niederlanden. Hier gebe es doch schon durch den Buitenring einige Schnittstellen. Er fragte nach, ob der Bürgermeister hier nicht etwas auf den Weg bringen könne.

Bürgermeister Schmitz antwortete, dass es schon mehrere Treffen mit dem Bürgermeister aus Landgraaf gegeben habe, an denen auch Übach-Palenberg beteiligt gewesen sei. Man wolle in Kooperation einige Projekte starten. Die Städte und Kommunen aus den Niederlanden seien in der Akquise von Fördergeldern noch besser aufgestellt als hier in Deutschland. Da könnten die Kollegen aus Landgraaf sicherlich einige Tipps geben. Die Umsetzung der Planungen werde aber sicherlich noch ein halbes Jahr in Anspruch nehmen.

Stadtverordnete vom Scheidt meinte, dass die Stadtverordnete Hensen hier doch sicher ein gutes Verbindungsmitglied sei.

- h) Stadtverordneter Jansen fragte nach, ob das Ordnungsamt berechtigt sei, in den laufenden Verkehr einzugreifen. Hintergrund seiner Anfrage sei der der Bauverkehr, der trotz korrekter Beschilderung immer wieder durch das Wohngebiet fahre.

Beigeordneter Brunen antwortete, dass das Ordnungsamt nicht für fließenden Verkehr zuständig sei; hier sei die Polizei der richtige Ansprechpartner. Darüber hinaus könne man als Privatperson jederzeit Anzeige erstatten, wenn so ein Fehlverhalten beobachtet werde. Unmittelbar könne man als Stadt aber leider nicht eingreifen.

- i) Stadtverordneter Kleinen erkundigte sich, inwiefern Bußgelder verhängt werden, falls jemand bei der Beseitigung von Müll etc. erwischt werde.

Beigeordneter Brunen erklärte, dass es bei der Verhängung von Bußgeldern für die Behörde Ermessen gebe und die Höhe eines Bußgeldes von der Schwere der Ordnungswidrigkeit abhängig sei. Jährlich seien bei der Stadt ca. 5 – 10 solcher Verfahren anhängig, also ein relativ überschaubarer Satz.

- j) Stadtverordneter Weiler führte aus, dass am Krankenhaus in den vergangenen Wochen viele Pkw geparkt worden seien. Er stelle sich die Frage, ob dies nicht zum Teil problematisch für die RTW sei und diese behindert würden. Er erkundigte sich, ob die Stadt schon einmal in Erwägung gezogen habe, Autos in diesem Bereich abschleppen zu lassen.

Beigeordneter Brunen erläuterte, dass sich die Lage in diesem Bereich schon deutlich entspannt habe. Unter anderem seien Halteverbotsschilder aufgestellt worden und Verengungen seien kaum noch vorhanden. Daneben könne die Stadt Fahrzeuge nur in wirklich begründeten Fällen abschleppen lassen, es sei denn es liege eine konkrete Gefährdung vor. Dies treffe aber nur in seltenen Fällen zu.

TOP 16 Fragestunde für Einwohner

Es gab keine Fragen in der Einwohnerfragestunde.

Sitzung endet um: 19:52

Vorsitzender

Schriftführerin

Bürgermeister Georg
Schmitz

Tina Beckers-Offermanns